

20. / III. 1916.

## Aus sozialdemokratischen Fraktionen.

Aus den sozialdemokratischen Fraktionen im Reichstag und im Abgeordnetenhaus liegen heute Mitteilungen vor, die wieder erkennen lassen, wie tief die sachlichen und persönlichen Gegensätze in der Sozialdemokratie gehen. Wir lassen diese Mitteilungen für sich selbst sprechen:

„Aus der sozialdemokratischen Fraktion des preußischen Landtags“ berichtet der „Vorwärts“ heute:

Die Genossen Braun, Haenisch, Sue und Leinert beantragten in der Fraktionsitzung vom Sonnabend, daß der Vorsitzende der Fraktion im Plenum des Abgeordnetenhauses folgende Erklärungen verlesen möge: „Namens meiner Fraktion habe ich zu erklären, daß die vom Abgeordneten Liebknecht am Schlusse seiner Rede zum Kultusetat am 16. März dieses Jahres ausgesprochene Aufforderung gegen einen Beschluß der Fraktion verstoßen hat und die Verantwortung für diese Ausführungen ausdrücklich ablehnt.“ — Gegen die Stimmen der vier Antragsteller hat die vollzählig versammelte Fraktion mit fünf gegen vier Stimmen bei einer Stimmenthaltung den Antrag abgelehnt.

Für die Stimmenthaltung können wohl nur in Betracht kommen: der Fraktionsvorsitzende Hirsch oder Dr. Liebknecht. Die „Chemnitzer Volksstimme“ sagt zu dem Verhalten des Abg. Liebknecht im Abgeordnetenhaus:

„Es bedarf wohl keines Wortes der Hervorhebung, daß die Sozialdemokratie für das Auftreten Liebknechts nicht die mindeste Verantwortung mehr trägt. Die der Partei zur Verfügung stehenden disziplinarischen Mittel sind für die Kriegszeit erschöpft.“

Hier ist wiederholt auf Grund von Mitteilungen sozialdemokratischer Organe die Rede gewesen von den sogenannten „Spartacus-Briefen“. Das sind Briefe, die ein ganz radikaler Reichstagsabgeordneter, der selbst mit der Minderheit in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion — Liebknecht ausgenommen — noch unzufrieden ist, zur Information an Gesinnungsgenossen versandt. Diese Spartacus-Briefe — Nr. 1a und 1b vom 27. Januar, Nr. 2 vom 3. Februar — liegen uns in Abschrift jetzt vor, zugesandt von sozialdemokratischer Seite. Hier sei nur ein Brief heute berücksichtigt: In einem Brief (1b) vom 27. Januar berichtet Spartacus sehr ausführlich über Vorgänge in der Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 12. Januar. Die Fraktion beschäftigte sich mit dem Verhalten des Abgeordneten Liebknecht bei der Einbringung kleiner Anfragen ohne Fühlungnahme mit dem Fraktionsvorstand. Nachdem Abg. Scheidemann über Sitzungen des Seniorenkonvents, die auch der Behandlung Liebknechtscher Anfragen gegolten hatten, eingehend berichtet hatte, erklärte in der Fraktion Abg. Geyer, der am 21. Dezember der Sprecher für die 20 Kreditverweigerer gewesen ist, es sei nicht angebracht, die bürgerlichen Parteien so zu provozieren. Liebknecht führe die Gefährdung eines Parlamentsrechts herbei. Abg. Bud fragte, ob die Fraktion mit sich Schindluder treiben lassen solle. Sie mache sich im Lande lächerlich, wenn sie nicht endlich scharf gegen Liebknecht einschreite. Er stellte den Antrag, der, wie bekannt, zum Beschluß erhoben wurde, zu erklären, daß Liebknecht die Rechte, die aus der Fraktionszugehörigkeit hervorgehen, verwirkt habe. Die Fraktion müsse sich von einem Ballast befreien. Abg. Noske sagte, kein Parlament würde sich gefallen lassen, von Querulanten und Herolstraten in der Arbeit gestört zu werden. Weder der Präsident noch der Seniorenkonvent würden es sich gefallen lassen, daß ihnen die Zeit direkt gestohlen wird. Abg. Bauer, der Liebknechts Verfahren als eine Versündigung am Parlament bezeichnete, schlug vor, daß die sozialdemokratische Fraktion selbst eine Abänderung der Geschäftsordnung in dem Sinne beantragen solle, daß Anfragen nur durch die Fraktionsvorstände eingebracht werden dürften. Abg. Ledebour nannte Liebknechts Taktik verfehlt: sie widerspreche der Auffassung, die die Parteien bei Einführung der Anfragen geäußert hätten. Abg. Reil erklärte, die Fraktion sei in der Nachsicht gegen Liebknecht bis zur Selbstentehrung gegangen. Man könne zweifeln, ob man es mit einem normal denkenden Menschen zu tun habe. Dann sprach Liebknecht. Er schloß: Eine Fraktionspolitik und Fraktionsbeschlüsse, die den wichtigsten Parteigrundsätzen zuwiderlaufen, werde ich auch in Zukunft nicht befolgen, sondern mit allen Mitteln bekämpfen. — Ein Schlußantrag, den Stadthagen belämpfte, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Auf Antrag Oskar Cohn wurde mit 37 gegen 32 Stimmen beschlossen, über die Anträge namentlich abzustimmen. Der oben erwähnte Antrag Bud wurde mit 60 gegen 25 Stimmen (Liebknecht enthielt sich) angenommen. Ein Antrag Bender, den Fraktionsmitgliedern das gesamte Material zum Fall Liebknecht zu unterbreiten, wurde mit 59 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Abg. Bauer erklärte, sein Vorschlag sei kein Antrag.

Soweit „Spartacus“ über Vorgänge in der Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 12. Januar.